

vierteljährlich 3 Mark 70 Pf., halbjährlich 6 Mark 50 Pf., jährlich 12 Mark 10 Pf. Die Abnahme der Sonntagsblätter ist gestattet. Der Preis für den Ausland ist höher. Der Preis für den Ausland ist höher. Der Preis für den Ausland ist höher.

Gründet 1877.



Die tägliche Beilage oder deren Raum 50 Pf. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste abgedruckt. Der Preis für den Ausland ist höher. Der Preis für den Ausland ist höher.

Verantwortl. 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 128 Druck und Verlag in Altensteig. Freitag, den 4. Juni. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Neues vom Tage.

Ernennung.

Berlin, 3. Juni. Wie die „Vörsitzg.“ meldet, ist Prinz Wilhelm zu Wied, der ehemalige Fürst von Albanien, der deutschen Gesandtschaft in Stockholm als Legationsrat zugewiesen worden. (Prinz Wilhelm ist der jüngere Bruder des Fürsten Friedrich, des Schwiegersohns des früheren Königs Wilhelm von Württemberg.)

Anschlag auf einen Abgeordneten.

Berlin, 3. Juni. Auf den Abgeordneten Rudolph von Frankfurt a. M., der dort eine deutschnationale Wahlversammlung abgehalten hatte, wurden sechs Revolvergeschosse abgegeben, die aber fehl gingen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

In Darmstadt störten die Unabhängigen Wahlversammlungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, indem sie aus der Straßenwasserleitung Wasser in den Versammlungssaal spritzten.

In Treppin (Brandenburg) sagte der Unabhängige Baumig in einer Versammlung, wenn die Wahlen nicht nach Wunsch ausfallen, müsse das Proletariat sich sein „Recht“ mit Gewalt holen und es müsse zum Straßenkampf kommen.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 3. Juni. Im Lauf der nächsten Woche sollen erneute Besprechungen zwischen dem englischen Kabinett und dem russischen Vertreter Krassin stattfinden werden, in London eine Geschäftsstelle zu errichten, zu welchem Zweck Krassin bei einer Bank eine Million Pfund hinterlegt. Die Stimmung in England ist überwiegend für eine Verständigung mit Russland, trotz des Widerstands Frankreichs. Man teilt die Ansicht Rittis, besonders in Handelskreisen, daß ohne die Hilfsquellen Russlands an einen wirklichen Wiederaufbau Europas nicht zu denken sei. Allerdings müßte zuerst in Russland selbst Ordnung geschaffen werden. Dafür wird in England seit längerer Zeit gerufen und vier Handelsgesellschaften sind für einen regelmäßigen Dampferdienst mit Archangel, Petersburg und Odessa (Eismeer, Ostsee und Schwarzes Meer) vorbereitet. Englische Banken haben auch schon Häuser und Grundstücke für Lagerplätze in Russland erworben.

Die „Sittenreinheit“ der Schwarzen.

Berlin, 3. Juni. In Ludwigschafen überfielen, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, zwei marokkanische Soldaten am Rheinhafen ein Liebespärchen, vertriehen den jungen Mann und vergewaltigten das Mädchen. Die Verbrecher konnten nicht ermittelt werden.

Französische Absichten in Süddeutschland.

Salzburg, 3. Juni. Der Kapitän der französischen Mission, l'Épine, der vor einigen Tagen sich beim Landesoberhauptmann in Salzburg über die Anschlußbewegung erkundigte, hat mit dem Vorsitzenden der Deutschfreisinnigen Partei, Professor Karl Wagner, über die Gründe für die Anschlußbewegung gesprochen. Wagner erklärte ihm zunächst, es gebe keine österreichische Nation neben der deutschen. Die Deutschen in Oesterreich, sagte er, sind Brüder der Deutschen im Reich. Sodann legte Wagner auch die wirtschaftlichen Gründe für den Anschluß dar. Den von l'Épine befürworteten Donau-Bund erklärte Wagner schon wegen des Hasses der nichtdeutschen Nationen gegen alles Deutsche für unmöglich. l'Épine gab sodann zu bedenken, daß ein Aufgehen der Süddeutschen im Deutschen Reich nicht zu wünschen sei, weil dadurch die Eigenart der Süddeutschen bedroht würde. Darauf erwiderte ihm Wagner: „Es kann uns gar nicht schaden, wenn wir etwas von dem frommen norddeutschen Geist zu spüren bekommen!“ Schließlich kam l'Épine auf Bayern zu sprechen und lobte den Kronprinzen Rupprecht, dessen Charaktereigenschaften und außerordentlichen Anhang er hervorhob. Er ließ durchblicken, daß auch Frankreich nicht dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft Rupprechts stehendes Bayern anschleße. Darauf betonte Wagner die unbedingt republikanische Stimmung seiner Parteigenossen. Zum Schluß erklärte l'Épine, der Verband sei bereit, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht werde, daß Oesterreich allein nicht leben könne. (Süddeutschland soll also jedenfalls von Preußen getrennt werden.)

„Deutschland bezahlt alles.“

Berlin, 3. Juni. Nach den neuesten Vereinbarungen in London hat Deutschland nicht nur nach dem Friedensvertrag die im Bau befindlichen Handelschiffe mit 825 000 Tonnen abzuliefern, sondern auch die Baukosten zu tragen. Deutschland verbleiben nur 100 000 Tonnen und zwar von solchen Schiffen, deren Bau am weitesten vorgeschritten ist. Der Verband lehnte die Ueberlassung von weiteren 45 000 Tonnen an Deutschland ab.

Auf eine Anfrage erklärte der französische Minister des Aeußern in der Kammer, die ganzen Kosten der Wiedergutmachungskommission für Gehälter, Reisen usw. müssen von Deutschland bezahlt werden. Der Betrag dürfe nicht von der Entschädigung abgezogen werden.

Ludwigschafen, 3. Juni. Ein französischer Kraftwagen fuhr in eine Schar spielender Kinder hinein. 2 Kinder wurden getötet, 2 weitere und ein Radfahrer schwer verletzt.

Ungarn von den Gewerkschaften boykottiert!

Amsterdam, 3. Juni. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbunds hat im Einvernehmen mit dem Generalrat der internationalen Transportvereinigung beschlossen, vom Sonntag, den 20. Juni an den völligen Boykott gegen Ungarn zu verhängen. Jeder Verkehr durch Eisenbahn, Post, Telegraph usw. soll als Protest gegen die Verfolgung der ungarischen Arbeiterchaft stillgelegt werden.

Reinstudenten im französischen Bergbau?

Paris, 3. Juni. Angesichts des jordanernden Rückgangs der Kohlenförderung wird die französische Regierung von den Bergarbeitern die Einführung des 9 Stundentags an Stelle der 8stündigen Arbeitszeit verlangen.

Nach der „Times“ hat der französische General Gouraud einen 20tägigen Waffenstillstand (!) mit den Türken in Cilicien abgeschlossen.

Tauschhandel.

London, 3. Juni. Die englische Regierung hat den Antrag der Bolschewisten, die Waren, die sie in England kaufen wollten, mit Gold zu bezahlen, abgelehnt. Man will die Handelsbeziehungen mit Russland auf der Grundlage aufbauen, daß ein Warenantausch, also Ware gegen Ware, vorgenommen wird.

Paris, 3. Juni. Das „Journal des Debats“ nimmt entschieden gegen die Verhandlungen mit Russland Stellung und billigt mit der Mehrzahl der Blätter den ablehnenden Standpunkt Millerands. (Frankreich befürchtet, daß England ihm den russischen Handel wieder vor der Nase wegnehmen werde und daß es keine an Russland vor dem Krieg geliehenen 25 Milliarden in den Ramin werde schreiben müssen.)

Aufhebung der Kohlenbewirtschaftung in England.

London, 3. Juni. Die amtliche Kontrolle über die Verteilung der Steinkohle in England soll im Lauf der Woche aufhören. Dagegen wird die Regierungskontrolle über die Ausfuhr beibehalten.

Laut „Daily Chronicle“ beträgt die Zahl der in Irland befindlichen Truppen etwa 50 000 Mann.

Das amerikanische Handelsflottengesetz.

Washington, 3. Juni. In der gemeinsamen Beratung der Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses wurde das Gesetz über die Handelsflotte angenommen, doch wurde ein Betrag von 50 Millionen Dollars, der dem Bau von neuen Handelschiffen in den nächsten 5 Jahren zugute kommen soll, auf die Hälfte herabgesetzt. Das Gesetz verlangt, daß 75 Proz. des Kapitals der Gesellschaften, die sich mit dem Küstenhandel befassen, in amerikanischem Besitz bleiben muß.

Französischer Urteil.

Baden, 3. Juni. Nach dem „Rheinpfälzer“ waren der Redakteur Becker und der Geschäftsführer Baum vom „Rheinpfälzer“, ferner der Verleger der „Wegenwart“, Kater in Edenkoben, wegen „schwerer Beleidigung der französischen Armee“, begangen durch einen Artikel über die farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten, angeklagt worden. Der Angeklagte Becker, der flüchtig ist, wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Baum zu 10 000 M. Geldstrafe und Kater zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Krieg im Osten.

Konstantinopel, 3. Juni. Die türkischen Nationalisten haben Baku und Adebazar besetzt und nähern sich Ismid. Sie sind bereits im Besitz der ganzen Küste des Marmarasees von Ismid, der der östliche Ausläufer des Marmara-Meeres ist. Die Truppen der Regierung in Konstantinopel werden nicht mehr gegen die Nationalisten kämpfen.

London, 3. Juni. Die Bolschewisten haben bei der Einnahme von Baku (Kaukasus) 5 englische Seeoffiziere und 26 Matrosen gefangen genommen.

Die Einberufung des Reichstags.

W.B. meldet: Die Frage des Zusammentritts des Reichstags ist von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig. Am 6. Juni ist Wahltag. Am 9. Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Kreiswahlleiter. Am 10. Juni: Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung der Wahlergebnisse in den Wahlkreisen. Am 11. Juni: Eingang der Reststimmen der Wahlkreise bei den Verbandswahlleitern und beim Reichswahlleiter. Am 12. Juni: Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Zahl der auf Grund der Reststimmen noch auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten, Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Reststimmen an den Reichswahlleiter. Am 13. Juni: Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Kreiswahlvorschläge, Erklärung der erforderlichen Anzahl der Abgeordneten für gewählt, Benachrichtigung der Gewählten, gleichzeitig Eingang der Reststimmen der Wahlkreise bei dem Reichswahlleiter. Am 14. Juni: Sitzung des Reichswahlausschusses zur Festlegung der Zahl der auf die Reichswahlvorschläge fallenden Abgeordneten, Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt, Benachrichtigung der Gewählten. Am 15. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Kreiswahlvorschläge Gewählten über die Wahl. Am 16. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Reichslisten Gewählten über die Wahl. Am 22. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschläge. Am 23. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Reichslisten. Die Einberufung des neuen Reichstags ist daher frühestens auf den 23. Juni möglich.

Wichtig für Reichstags- u. Landtagswähler!

- 1. Abstimmen kann nur, der in einer Wählerliste oder Wahlpartei steht oder einen Wahlschein besitzt.
2. Jeder Wähler muß sich für einen Kreiswahlvorschlag (Reichstagswahl) und für eine Kreiswahlvorschlagsliste (Landtagswahl) entscheiden.
3. Der weiße Reichstagsstimmzettel gehört in den dunkelblauen Wahlumschlag, der hellblaue Landtagsstimmzettel gehört in den hellblauen Wahlumschlag. Verwechslungen machen die Stimmzettel ungültig. Daher Vorsicht beim Einlegen des Stimmzettels in den Wahlumschlag. Nicht mehrere Stimmzettel in einen Umschlag legen!
4. Bei der Landtagswahl kann nur mit amtlichen Stimmzetteln abgestimmt werden: nichtamtliche Stimmzettel sind ungültig. Auch bei der Reichstagswahl stimmt der Wähler am sichersten mit einem amtlich hergestellten Stimmzettel ab.
5. In den amtlichen Stimmzetteln nichts ändern! Panachieren und Kumulieren ist nicht gestattet. Änderungen führen in den meisten Fällen zur völligen Ungültigkeit des Stimmzettels.
6. Wer seine Stimmzettel verloren oder vergessen hat, kann in einem Vor- oder Nebentraum eines jeden Wahlraums von jeder Sorte einen neuen bekommen.
7. Fröhlich am Tag wählen! Nachmittags möglichst nicht nach 5 Uhr zur Wahlurne kommen!
Wahlberechtigte, die infolge körperlichen Gebrechens oder Lebens in ihrer Bewegungsfreiheit behindert sind und Wahlscheine besitzen, sind nicht an ein bestimmtes Wahllokal gebunden, sondern können in dem Lokal, das für sie am leichtesten zu erreichen ist, ihre Stimmzettel abgeben. Es ist aber nicht gestattet, den Wahlzettel durch eine andere Person in das Wahllokal befördern zu lassen, d. h. durch einen Vertreter abstimmen zu lassen, jeder Wähler hat vielmehr persönlich in dem Wahllokal zu erscheinen.



Aus Stadt und Land.

Altensteig, 4. Juni 1920.

Die Bürgerpartei veranstaltete gestern Abend im Saal des „Grünen Baum“ hier eine Wählerversammlung, in welcher nach einleitenden Worten vom Vorsitzenden, Wilhelm Deuter, Fr. Helene Matthys von Alpirsbach über die Richtlinien der Bürgerpartei sprach. Die Rednerin gab zunächst ein Bild des Verfalls Deutschlands und der traurigen äußeren und inneren Lage, die sich noch zu verschlechtern drohe, durch den Bolschewismus, der an unserer Türe steht. Sie betonte dabei, wie der russische Bolschewist tief unter dem deutschen Arbeiter stehe und daß in Russland wenig Freiheit unter dem Bolschewismus zu finden sei, dessen Militarismus schlimmer sei als je unter dem zaristischen Regiment. Bolschewismus sei Militarismus in seiner höchsten Potenz. Es gelte unser ohnehin schwer geprüftes Vaterland vor diesen Gefahren zu bewahren. Gemäß habe unsere jetzige Regierung die Absicht, das Reich zu schlingen, sei aber wohl zu schwach dazu. Es sei deshalb dringend nötig, sich einer Partei zuzuwenden, welche die Kraft dazu schaffe. Im Innern könne es nur anders werden durch deutschen Geist, undeutsch sei der Materialismus und Mammonismus, durch deutschen Glauben und deutsche Arbeit, die Arbeit um ihrer selbst willen. Wie sehr der 8-stündige Arbeitstag unter günstigen Verhältnissen Deutschlands zu begründen gewesen wäre, sei er unter unseren jetzigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen zum Unglück unseres Volkes geworden. Nur deutsche Arbeit und deutsche Arbeitsfreudigkeit, sowie deutsche Politik, keine internationale, könne uns wieder hochbringen. Die Rednerin kam dann auf den Krieg zu sprechen und hob die Punkte hervor, welche die Bürgerpartei von den andern hier in Betracht kommenden Parteien unterscheidet. Der Krieg sei von unseren Feinden eigentlich nicht gegen das autokratische Kaiserium, sondern gegen den Sozialismus in Deutschland gewesen. Bezüglich Belgiens könne man Deutschland kein Unrecht vorwerfen; Deutschland sei bei seinem Einmarsch in vollem Recht gewesen. Neben Frankreich sei in Russland und England der Krieg gegen uns längst vorbereitet und eine beschlossene Sache gewesen. Wie Wilson zugegeben habe, wäre Amerika unter allen Umständen, auch wenn es keinen Anlaß gehabt hätte, in den Krieg eingetreten. Amerika sei auf der Seite unserer Feinde zu sehr finanziell interessiert gewesen. Die Mehrheitsparteien hätten sich durch Wilson schwer täuschen lassen. Die überleitete Annahme des Versailler Vertrags, der ja kein Friedensvertrag sei, sei ein großer Fehler gewesen. Die Regierung sei ihrer Aufgabe dabei nicht gewachsen gewesen. Bezüglich der inneren Politik geht die Ansicht der Rednerin dahin, daß es bei uns in Deutschland trotz der überwiegend sozialistischen Regierung nicht sozialer, gerechter geworden sei. Schieberei und Wucher, die sozialen Unterschiede, der Luxus seien größer als je. Die Gegner würden sich immer darauf berufen, daß es nicht so schnell besser werden könne, aber wo sehe man denn überhaupt einen Anfang? Nirgends. Der Schwindel sei größer als je. Die Rednerin kam auf die Marx'sche Lehre eingehend zu sprechen und wie sich diese in der Praxis ausgewirkt hat. Die Lehre von Karl Marx habe sich als grundfalsch erwiesen. Wenn Bebel einmal gesagt habe: „Wir sind nur zum Zerbrechen da,“ so sehe man jetzt, daß das so sei. Marx habe immer nur das Unternehmertum befeindet, nie die Hochfinanz, die sich in der Hauptsache aus dem Judentum zusammensetzt. Auch die deutsch-demokr. Partei sei von diesem abhängig und selbst die Deutsche Volkspartei sei nicht frei davon. Die Rednerin fragt, ob wir weiter die Sklaven eines fremden Stammes sein wollen. Ihre Partei sei dafür, daß die Juden aus den öffentlichen Ämtern und Vertrauensstellen entfernt werden. Man wolle sie unter ihnen leben lassen und sie so achten, wie sie es verdienen. Eine wesentliche Ursache unseres Elendes sei das Verhalten des Judentums. Nachdem die Rednerin noch kurz Erzberger einer Kritik unterzogen und sein leichtfertiges Verhalten in Deutschlands größter Not getadelt hatte, las sie ihre Ausführungen dahin zusammen, daß man auf Grund ihrer Darlegungen keiner anderen Partei die Stimme geben könne als der Bürgerpartei. Würde es gelingen, eine starke Partei der Rechten zu bekommen, dann werde es wieder, wenn auch langsam, aber doch aufwärts gehen, anstatt rasend abwärts. Mit der Aufforderung, die Bürgerpartei zu wählen, schloß sie ihre mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Vorsitzende dankte der Vortragenden und stellte die Ausführungen zur Diskussion. Davon wurde kein Gebrauch gemacht. Auf eine Anregung hin legte die Referentin noch die Stellungnahme der Bürgerpartei zur Zwangswirtschaft dar und betonte, daß ihre Partei für Aufhebung mit Ausnahme von Milch und Getreide sei und daß man bei guter Ernte die völlige Aufhebung durchführen könne, ohne daß man befürchten müsse, daß jemand verhungern würde. Für die Uebergangszeit müßten Reserven geschaffen werden. Nachdem noch der Vorsitzende aufgefordert hatte, für die Bürgerpartei einzutreten u. ihr die Stimme zu geben, schloß er die Versammlung.

Ermäßigung der Kupferblech- und Bleipreise. Der Kupferblechverband in Kassel ermäßigte die Preise für Kupferblech um 1000 RM. auf 2965 RM. pro 100 Kilo mit Wirkung vom 27. Mai ab. — Auch die Bleipreise wurden um 200 auf 800 RM. ermäßigt.

Frühjahrsagung des Kriehäuserbunds. In der Zeit vom 10. bis 15. Juni tritt der Kriehäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände auf dem Kriehäuser zusammen. Die Tagung wird sich u. a. mit den Aufgaben der Kriegsbefehlshaber- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, Ausbau des Unterstützungsweins, Siedelungswesens usw. befassen. Der Zentralverband deutscher Kriegsbefehlshaber und Kriegshinterbliebener, mit dem Anschließungsverhandlungen schweben, tagt gleichzeitig auf dem Kriehäuser.

Die Erhebung der Ernteflächen. Das Ernährungsministerium hat angeordnet, daß die heutigen Ernteflächen durch Geometer festgestellt werden. Diese Befragung wollen sich aber die Bauern nicht gefallen lassen und sie steht allenthalben auf starkem Widerstand. Der Ernährungsminister Graf lehnte es ab, mit einer Abordnung des Landw. Hauptverbands in dieser Frage zu verhandeln, weil die Bauern ihm neulich auf der Tagung des Hauptverbands ihr Mißtrauen ausgesprochen hatten. Nun hat aber auch die demokratische Landtagsfraktion gegen die Befragung des Ministers Graf Widerspruch erhoben und um Einsetzung einer anderweitigen Regelung der Flächenhebung unter Beiziehung von Vertretern der Landwirtschaft ersucht. Es scheint also ein Konflikt innerhalb der Regierung nicht unmöglich zu sein. (Auch in Baden hat der Bauernverband in einer Reihe von Bezirken gegen die Art der Ernteflächenhebung Widerspruch erhoben.)

Aufhebung der Weinböckpreise in Württemberg. Durch eine Verfügung des Ernährungsministeriums werden die Höchstpreisbestimmungen über Wein vom 6. Oktober 1919 und 30. Januar 1920 aufgehoben. Um ungerechtfertigten Preissteigerungen entgegenzutreten, wird zum Erwerb von Wein die Genehmigung des Ortsvorstehers des Wohnorts vorgeschrieben, wenigstens soweit es sich um die Erwerbung von mehr als 300 Litern Wein handelt. An Zuschlägen sind als angemessen erkannt: Zum Einstandspreis als Ersatz für Verminderung durch Ablassen 8 Proz., für Schwund und Zinsverlust 1 1/2 Proz. im Monat, für Abfüllung in Flaschen 200 RM. für das Hektoliter, für Geschäftskosten und Geschäftsgewinn im Großhandel 25 Proz., für Geschäftskosten und Gewinn beim Ausschank oder Kleinverkauf insgesamt bis zu 60 Proz. (ausnahmsweise bis 80 Proz.). Händler und Wirte, die Wein, den sie vor der Aufhebung der Höchstpreise noch verhältnismäßig billig gekauft haben, zu gleichen oder ähnlich hohen Preisen wie den nach Aufhebung der Höchstpreise erworbenen Wein absetzen, werden wegen übermäßiger Preissteigerung strafrechtlich verfolgt.

Die Jagd auf Rehwild. Das Rehwild ist gut durch den Winter gekommen und infolge der günstigen Frühjahrswitterung im Paarwechsel verhältnismäßig weit vorgeschritten. Nach dem zumeist starken Abbruch der letzten Jahre lassen jedoch die Bestände an Rehen, zumal an schätzbaren Böden, allenthalben stark zu wünschen übrig. Als Zuschuß zur Lebensmittelversorgung wird das Rehwildbrot in diesem Sommer kaum merklich in Betracht kommen.

Noch nicht genug Ablieferungsvieh? Die „Schwäb. Tageszeitung“ erzählt, Frankreich und Belgien haben nachträglich noch eine größere Anzahl von Zuchtvieh von der deutschen Regierung verlangt.

Calw, 3. Juni. Der Staatsbeamtenbund des Bezirks Calw hielt gestern eine gut besuchte Versammlung im Saal der Brauerei Döhr. Der Vorsitzende, Oberamtmann 688, erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, daß man im November 1918 der Zusammenbruch kein vollständiger geworden ist, dies einzig und allein dem pflicht. et. euen, deutschen Beamtenstand zu verdanken war. Allerdings hätte man erwarten dürfen, daß diese Lasten etwas mehr gemildert worden wäre. Der früher gemohnte Schuß von oben hätte sehr nachgelassen und heutzutage stünde der Beamtenstand vor der traurigen Tatsache, sich besser o. ganstieren und kämpfen zu müssen, um nicht ins Proletariat herabgedrückt zu werden. Unter ganzem Volk Mitleid, schon wegen der damit verbundenen Korruption, regte Interesse daran, daß dies sich nicht verwirklichte. Er gab dann einen Bericht über die selbsterzielte Tätigkeit, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hieraus wurde ein Bericht über die Strafgarten Lagerung der Beamtenstände e. hattet. Die schon s. über berichtet, haben die Beamtenstände des Kreisw. Bezirks zur Aufklärung ihrer Mitglieder, welche mit Angehörigen 3000 Wähler repräsentieren, an die Kandidaten der versch. Parteien 5 Fragen gerichtet. Die Antworten hierauf wurden vortragen. Voll befrichtigt haben die Antworten der Bürgerpartei, der Deutschen Volkspartei, der Dem. Partei, des Zentrums und der Sozialdemokratie. Nicht befrichtigt hat die Antwort der U. S. P., während die kommunistische Partei gar keine Antwort gab. Eine längere Aussprache ergab die Tatsache, daß der Kandidat des Bundes der Landwirte Timpler auf die Fragen wegen einer gerechten Handhabung der Steuererhebung und wegen Bekämpfung des Wucher-Schiebertums gar keine Antwort gab, obwohl nicht nur die Beamten, sondern alle Festbedienten und Pensionäre gerade hierauf einen sehr großen Wert legen. Nach einer regen Aussprache über andere Beamtenfragen schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Stuttgart, 3. Juni. (Funkprüchstation.) Auf dem hiesigen Telegraphenamt und den umliegenden Gebäuden wurde dieser Tage die Sendestation für Funkprüch eingerichtet, während die Empfangstation auf der Wagenburgschule (auf der Höhe zwischen Gablenberg und Döheim) schon einige Monate im Betrieb ist und tadellos arbeiten soll. Die Einrichtung wird späterhin auch der Presse dienstbar gemacht werden. Die Reichweite der Sendestation Stuttgart erstreckt sich bis zur Hauptstelle des deutschen Funkverkehrs in Königswasserhausen bei Berlin. Die neue Anlage bedeutet eine wesentliche Entlastung der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen.

Weinberg, 3. Juni. (Weinversteigerung.) Bei der Versteigerung der Weine der Weinberggesellschaft wurden pro Hektoliter 1300, 1400 und 1500 RM. verlangt. Da sich zu diesen Preisen kein Käufer fand, wurde der Wein zu 1100, 1200 und 1300 RM. abgesetzt, ohne Steuer.

Donaueschingen, 3. Juni. (Garnison.) Am 9. Juni werden von Freiburg zunächst 15 Offiziere und 400 Mann Reichswehr mit der Bataillonskapelle hierher verlegt.

Ulm, 3. Juni. (Garnisonwechsel.) Die bisher in der Manen- (Zeughaus-)Kaserne untergebrachte 2. Schwadron des Reiterregiments 18 rückt morgen in die Dragonerkaserne Camnitz ab. Damit hört Ulm auf, Garnisonort für Reiter zu sein, die es befohl, seit am 8. November 1810 württembergische Truppen in Ulm eingezogen sind.

Friedrichshafen, 3. Juni. (Die Auslieferung der deutschen Luftschiffe.) Dem „Schw. Merkur“ wird geschrieben: Die Abgabe der nach Friedensvertrag an die Entente auszuliefernden Zeppelin-Luftschiffe, die in den nächsten Wochen überführt werden sollten, scheint einigen Schwierigkeiten zu begegnen. Die Arbeiter des Luftschiffbau Zeppelin und die Besatzungen der „Delag“, die das Fertigmachen, bzw. das Überführen der Schiffe übernehmen sollten, weigern sich, die ihnen gestellte Aufgabe auszuführen, weil sie durch Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und Luftschiffbetrieb bedroht sehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Schiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Vert.-Luftschiffe „Bodensee“ und „Vordhorn“ Deutschland verlassen und keine Beschränkungen an Veritanlagen verlangt werden, welche den Bau von Schiffen auf längere Zeit lahm legen würden.

Bermischtes.

Die polnische Mark sinkt fortwährend im Kurs. Während Mitte April für 100 polnische Mark noch 42 deutsche Papiermark bezahlt wurden, ging der Wert zurück am 6. Mai auf 23, am 27. Mai auf 18 1/2 Mark. Die Niederlagen im Kampf gegen die Russen haben ohne Zweifel zu der Entwertung der polnischen Währung beigetragen, aber ausschlaggebend waren sie wohl nicht. Die polnische Wirtschaft im allgemeinen wird in der Währung tagiert. Die Geldentwertung ist aber so weit fortgeschritten, daß heute Wochenlöhne von 10 000 Mark in Polen nichts seltenes sind.

Befragung eines verunkelten Goldschätes. In der letzten Räte werden die Bergungsarbeiten des im Jahr 1917 gesunkenen Hilfskreuzers „Laurentie“ wieder aufgenommen werden. Das Schiff führte 175 Millionen Gold mit sich, wovon man 75 Millionen schon gehoben hat. Die noch ruhenden Goldbarren befinden sich in einem eisernen Kasten. Um zu diesem zu gelangen, muß man von außen her den Schiffkörper sprengen. Zu diesem Zweck hat man unter dem Wasser photographische Aufnahmen gemacht, um die Stelle zu finden, die gesprengt werden muß.

Letzte Nachrichten.

W.B. Amsterdam, 3. Juni. Laut „Telegraaf“ veröffentlicht die „Times“ den Brief eines hervorragenden französischen Staatsmannes der ungenannt zu bleiben wünscht, in dem es u. a. heißt: In Frankreich zweifelt man zuweilen schon an der moralischen Unterstützung durch England bei der Ausführung des Friedensvertrags. Man sagt in England, wir seien freitüchtig, unzufrieden u. unversöhnlich. Jeder Engländer, der die verwüsteten Gebiete besucht, kann sich davon überzeugen, was wir in 18 Monate geleistet haben. Alle Eisenbahnbrücken und Tunnel sind wieder hergestellt, ebenso zwei Drittel der Kanäle. 60% der Landstrassen sind wieder befestigt. Ueber die Hälfte der Fabriken ist wieder aufgebaut. Wir haben in Höhe von 200 Milliarden verlangt, was Graf Brodthoff bereits im Mai 1919 vorklagte. Seit dem 10. Januar ist der Friedensvertrag in Kraft. Nicht einer der Artikel, die im März, April und Mai ausgeführt sein mußten ist erfüllt. Wir haben das Gefühl, daß man in London den Rat gibt, nicht zu kräftig auf die Ausführung zu dringen. — Der Schreiber fordert zum Schluß zu Solidarität und zu gegenseitiger moralischer Unterstützung durch England und Frankreich auf.

W.B. Amsterdam, 3. Juni. Nach einer Meldung aus Guatemala wurden vom Kriegsgericht mehrere Militärpersonen wegen Verletzung der Stadt während der Aprilrevolution zum Tode durch Erschießen verurteilt.

W.B. Berlin, 3. Juni. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums an die Blätter befinden sich Oberst Gauer, General Wittig, Major v. Stefani und Major Lischoff seit dem 24. Mai in Budapest.

W.B. Amsterdam, 3. Juni. Wie die „Times“ meldet, sind infolge andauernder Trockenheit in Südost-Canada schwere Waldbrände ausgebrochen, die in Mex. Brannschweig und New-Hampshire großen Schaden angerichtet haben.

W.B. Amsterdam, 3. Juni. General Smuts sagt, wie aus London gemeldet wird, in einer Unterredung mit einem Vertreter des Daily Chronicle, durch den Krieg seien die Kolonien Schwefelstaaten auf der Grundlage der großen liberalen Grundsätze von Gleichheit und Freiheit geworden. Er hoffe, daß im Völkerverbund eine neue Atmosphäre der Eintracht, Verständigung und Zusammenarbeit geschaffen werde, die der Kultur zugute komme.

W.B. Rotterdam, 3. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, wird der englisch-japanische Vertrag wahrscheinlich am 1. Juli nicht mehr für eine Revision anstreben.

Wetter. Unter der Herrschaft einer allerdings abgeschwächten, aber immer noch widerstandsfähigen Hochdruck ist für Samstag und Sonntag vorwiegend trockenes, warmes, auch zu Gewitterbildungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Wohin sind wir geraten?
Noch nicht genug des Lebens?
Auch noch Aberglaube und
völliger Untergang?
Nein!
Das ist die Rettung
Bürgerlich wählen!

Amtliche Bekanntmachungen.

An die Herren Wahlvorsteher.

Das Ergebnis der Reichs- und Landtagswahl ist noch am Wahltag telephonisch oder telegraphisch dem Ministerium des Innern mitzuteilen. Um eine rasche Meldung an das Oberamt zu ermöglichen und zeitraubende Rückfragen zu vermeiden sind jedem Wahlvorsteher 2 Vordrucke zur Ausfüllung für die Anzeige durch den Fernsprecher auf Grund der Wahl-niederschriften zugegangen. Der Telephondienst wird freigehalten werden; die Telefonstellen sind hiezu zu benachrichtigen.

Nach Schluss der Abstimmung sind zunächst die aus der Wahlurne genommenen Wahlumschläge für die Reichstagswahl und Landtagswahl von einander zu scheiden, gesondert zu legen und je uneröffnet zu zählen. Sodann sind die uneröffneten Wahlumschläge für die Landtagswahl und die Wahlurne für die Landtagswahl in Papier einzuschlagen, das Paket ist zu versiegeln und vom Wahlvorsteher in Verwahrung zu nehmen. Alsdann wird das Ergebnis für die Reichstagswahl unter Fertigung der Wahl-niederschrift festgestellt und dem Oberamt telephonisch berichtet.

Hierauf erfolgt die Eröffnung des Pakets mit den Landtagswahlumschlägen, die Fertigung der Wahl-niederschrift und dann sofort anschließend die telef. Mitteilung an das Oberamt.

Die Herren Wahlvorsteher werden ersucht, ihr besonderes Augenmerk bei der Abstimmung darauf zu richten, daß zum Landtag nicht auch Personen wählen, die nach der Wahl-liste nur zum Reichstag wählen dürfen oder die nur einen Wahlschein zum Reichstag vorweisen.

Jeder Wähler hat für beide Wahlen nur je eine Stimme. Sind mehrere gleichlautende Stimmzettel in einem Umschlag, so werden sie nur einfach gezählt. Sind verschiedene Stimmzettel in einem Wahlumschlag, so sind alle ungültig.

Die Stimmzettel sind so, wie gedruckt, zu benützen. Ungültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag oder die in einem mit einem äußeren Kennzeichen versehenen Wahlumschlag abgegeben worden sind;
2. alle nicht amtlichen Stimmzettel;
3. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. Stimmzettel, die ihrem ganzen Inhalt nach durchstreichen sind oder einen Vorbehalt oder eine Verwahrung in bezug auf ihren ganzen Inhalt enthalten.
5. Stimmzettel, die nicht im entsprechenden Umschlag abgegeben wurden.

Wiederholungen, Umstellungen und Streichungen von Namen auf amtl. Stimmzetteln, sowie Beifügungen weiterer Bewerber bleiben unbeachtet.

Die Wahl-niederschrift für die Reichstagswahl ist mit den Anlagen (Stimmliste, Gegenliste, beanstandete Stimmzettel und Umschläge) unverzüglich an das Oberamt Nagold, die Wahl-niederschrift für die Landtagswahl (nebst Anlagen) unverzüglich an den Vorsitzenden des Kreiswahl-ausschusses des 16. Landtagswahlkreises (Oberamtmann Gds in Calw) einzusenden. Der Zeitfalte wegen muß die Uebermittlung in beiden Fällen durch besonderen Boten erfolgen.

Die unbenützten, sowie die benützten, wieder verwendbaren Wahlumschläge (rotblau und hellblau, je gesondert) sind alsbald nach der Wahl — je 50 Stück zusammengebündelt — mit kurzem Bericht über deren Zahl dem Oberamt einzusenden. Ebenso sind die Verzeichnisse über die Wahlkosten mit den Unterlagen alsbald vorzulegen.

Im übrigen wird auf den Min. Erl. v. 23. v. Mts. (St. A. Nr. 119) Bezug genommen.

Nagold, den 3. Juni 1920.

Oberamt: Münz.

Viehsteuernulage für das Jahr 1920.

Gemäß Verfügung des Ministeriums des Innern vom 29. Mai 1920 (Staatsanzeiger Nr. 125) wird hiermit unter Abänderung der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 11. Mai 1920, Staatsanzeiger Nr. 110 — bestimmt, daß die Umlageverzeichnisse auf Grund der Ortskassen der am 1. März d. J. vorgenommenen Viehzählung bis zum 10. Juni d. J. anzulegen sind.

Zu entrichten ist für das Jahr 1920:

- für jedes Pferd ein Beitrag von 50 Pf.,
- für jedes Stück Rindvieh sowie Kälber 5 Mk.,
- für Esel, Maultiere und Maulesel sind Beiträge nicht zu erheben.

Die zur Vornahme der Umlage erforderlichen Vordrucke gehen den Gemeindebehörden, sobald sie hier eintreffen, mit der Post zu.

Im übrigen werden die Herren Ortsvorsteher auf die oben erwähnten Min.-Verfügungen besonders hingewiesen.

Nagold, den 3. Juni 1920.

Oberamt: Münz.

Amtlicher Taschensfahrplan (Sommerfahrplan)

ist zu haben in der

W. Niefer'schen Buchhandlung, Altensteig.

An die christlich gesinnten Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land!

Wisset ihr auch, wie verhängnisvoll der nächste Sonntag für euch werden kann? In diesem Tage soll ihr über euer eigenes Schicksal entscheiden; es gibt diesmal nur zwei Wege, entweder geht der Zug nach rechts und dann dürfen wir hoffen, daß wir, wenn auch langsam, wieder aus dem Elend herauskommen, oder der Weg führt ganz nach links in die Arme der Bolschewisten, dann wartet eurer das traurige Los eurer armen Brüder und Schwestern in Rußland, nämlich tiefster Elend, Verfolgung und Tod. Es ist deshalb diesmal heiligste Pflicht eines jeden Christen, durch Abgabe seiner Stimme einen Damm aufzurichten gegen diese fürchterliche Gefahr, die uns droht.

Ihr würdet euch an euch selbst und an euren Glaubensbrüdern schwer versündigen, wenn ihr nicht wählen würdet.

Kretet deshalb geschlossen am nächsten Sonntag an die Wahlurne und gebet entweder die Liste der Deutschen Volkspartei (frühere Nationalliberale Partei) oder die Liste der Bürgerpartei ab.

Zuruverein Altensteig Gut Heil!

Am Samstag Abend
8 Uhr

Monats- Versammlung

im Lok. I.

Vollzähliges Erscheinen er-
wartet der Vorstand

Bereitschafts- Dienst

am nächsten Sonntag

Dr. Rich. Vogel
beim Waldhorn
Telefon Nr. 12.

Achtung!

Das Gerücht, welches zur Zeit immer umhergeht, daß ich Brandstifter der Waden-but'schen Möbelfabrik sein soll, möchte ich mir strengstens verbiten, andernfalls bin ich gerädigt, diejenigen Personen gerichtlich zu belangen.

Joh. Hennefahrt.

Selbst in den hartnäckig-
sten Fällen hilft

Hühneraugen-
Pflaster
„Lebewohl“.

Schwarzwald Drogerie

Altensteig
Telefon 41.

Altensteig.

Verkauf Samstag, den 5.
Mai, abends 8 Uhr den

Heuertrag

von zirka 18 Kr in der Halde
bei der Karsthöhe.

Verkauf an der Stelle.

Hornberger.

Altensteig.

Gute

Haus-Mühlen

(sogen. Wandanschraubmü-
hlen) mit Holzgehäuse u. har-
tem Gußstahlwerk, zum Mah-
len u. Schrotten aller Körner
und Hülsenfrüchte, Kaffee etc.
für Handbetrieb sind wieder
eingetroffen und zu Mk. 20.—
per Stück zu haben bei

C. W. Luz Nachf.
Freig. Bühler jr.

Wir machen unsere
Leser auf die unserer heuti-
gen Nummer beiliegend. Flug-
blätter aufmerksam.

Paul Beck in Altensteig

empfiehlt für die bevorstehende Bedarfszeit:



Sensen

Friedrichstaler und Neuenbürger Fabrikate

Streuensensen Sichel
Sensenwörbe u. Sensenringe

Frisch eingetroffen:

Echte Mailänder Weizsteine
versch. sonstige Weizsteinen
Holz- und Blechkümpfe
Prima Gußstahl-Dengelgeschirre
Heu- und Dünggabeln

Schüttel- und
Streugabeln
Handschlepprechen
Heurechen



Heuzangen

u. Aufzugrollen

Reichhaltige
Auswahl



Wäßige Preise.

Widersprüche in der Ernährungsfrage

In dieser für unser ganzes Volk so überaus wichtigen Frage hat der Abgeordnete **Bozille** namens der **konservativen Bürgerpartei u. des Bauernbundes**

1. Am 9. März 1920 im Landtag den Antrag eingebracht (Beil. 336 der Landtagsdruckschriften) die Zwangsbewirtschaftung der landw. Erzeugnisse für das Wirtschaftsjahr 1920 **bedingungslos** aufzuheben,
2. Am 12. März 1920 folgende Anfrage (Beil. 344) an die Regierung gerichtet: Ist das Staatsministerium bereit, über die Ernährungsfrage Auskunft zu geben? Welche Maßregeln gedenkt das Staatsministerium zu ergreifen, um der **drohenden Hungersnot** und den daraus sich ergebenden **furchtbaren Gefahren** zu begegnen?

Wie reimt sich das zusammen?

Ist das noch eine offene ehrliche Politik?

Das Urteil über solch zwiespältiges Verhalten überlassen wir ruhig den Wählern.

<p>Altensteig. Verloren ging vom Marktplatz bis zum Stadigarten eine Bluse, weiß mit bla. Um Rückgabe an die Geschäftsstelle d. Bl. geg. Belohnung wird gebeten.</p>	<p>Zirka 1 1/2 Morgen Heugras an der Egenhauser/Spielbergerstraße verkauft am Samstag Abend 8 Uhr auf dem Platze gegen bare Bezahlung. Jakob Wolf am Gansberg.</p>	<p>6-8 Zentner Kartoffeln hat abzugeben wer? sagt die Geschäftsstelle.</p>
--	--	---



Wer

wieder einen freien, ehrlichen Markt will, wer gegen Zwangs- und Schieberwirtschaft ist! Gerechtigkeit und Ordnung im Staate will, der gebe für Land- und Reichstagswahl nur den Stimmzettel ab vom „Württemb. Bauern- und Weingärtnerbund“, Bund der Landwirte.

Längerer Landaufenthalt

für 17jähr. Mädchen vom Mittelrhein (Töchter-schulbildung) zur Kräftigung der Gesundheit in besserem Hause gegen entsprechende Vergütung gesucht. Gelegenheit zur weiteren Ausbildung im Haushalt und Garten erwünscht. Gest. Anfragen an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Verlobungskarten

und

Hochzeitkarten

fertigt schnell und sauber die

W. Nieker'sche Buchdr.

Siebkannen

empfehle in verschiedenen Größen u. Ausführungen billigst

Lorenz Luz jr.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Nach langem schwerem Leiden entschlief heute sanft und gottgegeben, jedoch unerwartet schnell, mein innigst geliebter Gatte, unser herzenguter, so treubeforgter Vater, Großvater, Bruder und Onkel

Friedrich Steiner

Seifenfabrikant

im Alter von 60 Jahren.

In großem Schmerze

die tiefbetrübte Gattin:

Friederike Steiner, geb. Bauer,

der Sohn: **Wilhelm und Frau**,

Rothenburg o. T.

die Tochter: **Frida**.

Altensteig, den 3. Juni 1920.

Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Altensteig-Stadt.



Freiwillige Feuerwehr.

Am nächsten Sonntag den 6. Juni rückt die 2. und 4. Kompanie zur Übung aus. Antreten präzise 7 Uhr vormittags. Unentschuldigtes Ausbleiben wird bestraft. Den 2. Juni 1920.

Das Kommando.

Für's Kinderfest

weiße Waschstoffe

in glatt, gestickt und bedruckt von Mark 10.— an per Meter

bunt bedruckte Waschstoffe

in allen Stoffarten sehr billig

Spitzen u. Spitzenkragen

Bänder in allen Breiten und Farben

bei

Reinhold Hayer

Ettmannsweiler.

Am kommenden Sonntag, den 6. Juni

20er-Feier

im Gasthaus z. Grünen Baum, wozu alle Altersgenossen u. -Genossinnen und deren Freunde freundlichst eingeladen werden.

Mehrere 20er.

Wähler! Wählerinnen!

Am 6. Juni schlägt die Schicksalstunde unseres Volkes und gesamten Wirtschaftslebens auf Jahre hinaus. Wir leben im Staate der Freiheit. Verlange auch du, Bauer, dein gutes Recht, Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft! Sie erdrückt dich, sie gestaltet Preise, bei denen der Bauer nicht bestehen kann und zwingt ihn zu ungeseglichen Handlungen!

Was hat die Zwangswirtschaft erreicht?

1. Das Schieber- und Wuchertum wird gezüchtet und treibt die mannigfachsten Blüten.
2. Die Städter sind gezwungen, an Sonn- und Feiertagen scharenweise hinaus aufs Land zu gehn und auf teuren Hamsterwegen die ihnen fehlenden Lebensmittel zu kaufen.
3. Es werden dem Bauern Höchstpreise für seine Produkte zugemutet, bei denen er unmöglich bestehen kann.
4. Jegliche Moral wird durch die tägliche Uebertretung der Gesetze auch von der Jugend mißachtet und untergraben.

Darum: Bauer wach' auf! Du hast ebenso das Recht der Freiheit wie alle übrigen Stände.

Kämpfe um deinen Stand und wähle Bauernpartei!

Den württ. Bauern- und Weingärtnerbund!

Er kämpft um dich, beschützt dich, deine Familie, deinen Stand, deinen Grund und Boden! Er vertritt dich im Parlament und im Landtag!

Ihm gib am 6. Juni, wenn du, deine Frau, Sohn oder Tochter zur Wahlurne schreiten, deinen Stimmzettel!

Bedenke wohl:

Wahltag ist Zahltag!

Wie ihr wählt, so werdet ihr besteuert und regiert!

Die Demokraten behaupten:

Wahlsieg der Rechten bringe Bürgerkrieg
Demokratie führe zum Aufstieg!

Die Wahrheit ist aber:

Wahlsieg der Rechten

bringt Freiheit u. Ordnung

Demokratie brachte

Unglück und Not!

Drum wählet:

Württ. Bürgerpartei